

Ein Vertrag über 30 Jahre wird angepeilt

Die Harke

Für die Sonderabfalldeponie (SAD) Münnehagen soll Langzeitüberwachung vereinbart werden

Von Heidi Reckleben-Meyer

Rehburg-Loccum. Die Landtagswahlen in Niedersachsen rücken näher. Und weil der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies bei seinem jüngsten Besuch in Rehburg-Loccum so deutlich wie keiner seiner Vorgänger, die Verantwortung des Landes für die Sonderabfalldeponie (SAD) Münnehagen betont hatte, war die Tagesordnung zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Feuerwehrwesen in Rehburg-Loccum nachträglich um einen Punkt erweitert worden. Der Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land über eine Langzeitsicherung wird greifbar und sollte deshalb an diesem Abend im Rehburger Rathaus erörtert werden. „Es macht keinen Sinn mehr, Fünf-Jahresverträge abzuschließen, wenn wir wissen, dass es eine Ewigkeitsaufgabe ist“, sagte Stadtbürgermeister Martin Franke.

Er hält es für eine besonders günstige Konstellation, noch mit diesem Minister einen Vertrag über 30 Jahre zu schließen. Dazu heißt es in den Sitzungsunterlagen: Bei alledem gilt es natürlich immer zu betonen, dass auch dieser zufriedenstellende Zustand nur ein Kompromiss unter Berücksichtigung der aktuellen technischen Möglichkeiten ist und dass ein rechtmäßiger Zustand erst dann wieder hergestellt wäre, wenn die seinerzeit illegal betriebene SAD komplett beseitigt wäre. Weil aktuell die technischen Möglichkeiten der Beseitigung ohne erhebliche und potenziell schwerste Umweltauswirkungen von allen Beteiligten nicht gesehen werden, ist damit der aktuelle Zustand akzeptable.

Der noch laufende Vertrag zur Sicherung der Giftkippe wäre erst 2026 ausgelaufen, doch niemand wisse, wie ein neuer Umweltminister womöglich zur SAD-Problematik stehe. Es habe schon Vorgänger an

die Verantwortung für die SAD und um jeden Cent kämpfen müssen. „Wir würden mit diesem Schritt eine ganze Menge Sicherheit einkaufen“, zeigte sich Franke überzeugt. Der Stadtbürgermeister skizzierte

von 1968 an in mehreren Gruben zum Teil flüssige Industrieabfälle aus der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, Farben und Lacken eingelagert. Angrenzend an dieses Gelände wurde 1977 die Sonderab-

fahren parallel gefahren, um mögliche Abweichungen festzustellen. Die Ergebnisse waren nach Aussage von Bürgermeister Franke nahezu identisch.



Die Sonderabfalldeponie Münnehagen beschäftigt Gremien, Anwohner und Bürgerinitiativen im Bereich der Stadt Rehburg-Loccum, der Stadt Petershagen und im Schaumburger Bereich um Wiedensahl die Samtgemeinde Niedernwöhren gleichermaßen.

FOTO: RECKLEBEN-MEYER

ne SAD komplett beseitigt wäre. Weil aktuell die technischen Möglichkeiten der Beseitigung ohne erhebliche und potenziell schwerste Umweltauswirkungen von allen Beteiligten nicht gesehen werden, ist damit der aktuelle Zustand akzeptabel, weil im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten optimal.

Der noch laufende Vertrag zur Sicherung der Giftkippe wäre erst 2026 ausgelaufen, doch niemand wisse, wie ein neuer Umweltminister womöglich zur SAD-Problematik stehe. Es habe schon Vorgänger an der Spitze des Umweltministeriums gegeben, mit denen habe man um

die Verantwortung für die SAD und um jeden Cent kämpfen müssen. „Wir würden mit diesem Schritt eine ganze Menge Sicherheit einkaufen“, zeigte sich Franke überzeugt.

Der Stadtbürgermeister skizzierte kurz die Geschichte der gesicherten Altlast. In der Altdeponie wurden

von 1968 an in mehreren Gruben zum Teil flüssige Industrieabfälle aus der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, Farben und Lacken eingelagert. Angrenzend an dieses Gelände wurde 1977 die Sonderabfalldeponie eingerichtet. Dort wurden bis 1983 rund 350 000 Kubikmeter überwiegend feste Abfälle eingelagert, darunter mehrere Tausend Tonnen giftiger Stoffe. Dazu zählen dioxinhaltige Flugasche aus Müllverbrennungsanlagen und Rückstände des Unkrautvernichtungsmittels T-Säure mit dem Stoff TCDD (Tetrachlordibenzodioxid), der umgangssprachlich als Seveso-Dioxin bekannt ist. Die Betreiberfirma von einst ging in Konkurs, das Land übernahm die zur Altlast gewordene Deponie. 1999 wurde eine Vereinbarung über ein Sicherungskonzept geschlossen. In diesem Vertrag, der seither regelmäßig fortgeschrieben wird, sind beispielsweise eine vollständige seitliche Umschließung mit einer 30 Meter tiefen Dichtwand, eine Oberflächenabdichtung beziehungsweise -abdeckung und auch die Einrichtung eines Überwachungssystems (Monitoring) und die Begleitung durch eine Bewertungskommission vereinbart worden.

In der jüngsten Vertragsverlängerung ging es auch darum, ein Langzeitüberwachungssystem zu entwickeln. Das bedeute nicht weniger Sicherheit, bekräftigte Franke. Für 2020 und 2021 habe man das bisherige und das angestrebte Messver-

fahren parallel gefahren, um mögliche Abweichungen festzustellen. Die Ergebnisse waren nach Aussage von Bürgermeister Franke nahezu identisch.

Die beteiligten Kommunen Stadt Petershagen, Samtgemeinde Niedernwöhren und Stadt Rehburg-Loccum haben sich im Vorfeld unter Hinzuziehung eines Fachanwaltes auf einen Entwurf einer Vereinbarung verständigt und diesen dem Land vorgeschlagen. Die Anrainerkommunen hatten sich auf zahlreiche Änderungsvorschläge und entsprechende Verhandlungen darüber eingestellt, doch es kam anders. „Einverstanden“, hieß es vom Land Niedersachsen zum Entwurf der Kommunen.

Geplant ist, die Vereinbarung voraussichtlich in der 33. Kalenderwoche, das ist die Woche vom 15. bis 21. August, zu unterzeichnen. Weil vermutlich nicht alle Kommunen bis dahin eine abschließende Ratsentscheidung haben, würde die Vereinbarung unter einen Vorbehalt gestellt werden. Dieser Vorgehensweise stimmten die Rehburg-Loccumer Ausschussmitglieder.

Besonders enttäuschend lief es für drei Vertreter der Bürgerinitiative (BI) Umweltgruppe Wiedensahl, die versucht hatten, mit ihrem Statement vor der Abstimmung des Rehburg-Loccumer Gremiums Gehör zu finden, das nicht durften und deshalb unter Protest den Rehburger Ratssaal verlassen hatten (siehe auch Kommentar auf Seite 13).

Was die Vertreter der Umweltgruppe Wiedensahl kritisieren

Die Bürgerinitiative Umweltgruppe Wiedensahl kam in der Ausschusssitzung nicht zu Wort. DIE HARKE fragte bei der Gruppe um Meinhard Behrens aus Wiedensahl nach, an welchen Stellen sie den Plan kritisieren.

„Es ist doch sehr erstaunlich, dass die Kommunen von sich aus diesen Entwurf vorlegen, der sie doch in ihren Eingriffsmöglichkeiten und Rechten völlig einschränkt und der voll auf der Linie der niedersächsischen Landesregierung liegt“, zeigen sie sich erstaunt. Zudem sieht die Umweltgruppe es kritisch, dass das Land sich so zwar zur Gefahrenabwehr, nicht aber zur Schadensbeseitigung in dem Entwurf bekennen muss. Den Vertragspassus: „Daher sind in ständiger Verfolgung dieses Ziels und unter Berücksichtigung des

Verhältnismäßigkeitsprinzips die technischen Möglichkeiten einer Dekontamination ohne nachhaltige Umwelteintrüchtigungen laufend zu evaluieren“, halten die Mitglieder der BI für „reine Augenwischerei“. Damit werde die Dekontamination unter die Vorbehalte der technischen Möglichkeiten und der Kosten gestellt. „Die Machbarkeit solcher Projekte wurde schon in den 1990er-Jahren nachgewiesen und ist in heutiger Zeit mehrfach unter Beweis gestellt worden. Wichtiger aber noch: Die Vereinbarung benennt keine Stelle, die Methoden zur Giftmüllbeseitigung von sich aus aktiv prüfen oder gar vorschlagen soll. Für die ‚Evaluation‘ ist also niemand zuständig. Es wird nichts passieren. Es ist ein reines Lippenbekenntnis. Das ‚Prinzip der Verhältnismäßigkeit‘ ist eine

politisch-juristische Zauberformel der jüngeren Zeit, mit der man Umweltprojekte aller Art kippen kann. Bestes Beispiel ist die Salzabwasser-einleitung der K + S in die Weser, die unter Anwendung des Kostenarguments weiter stattfinden darf. Immer der Projektbetreiber zieht die ‚zu teuer‘-Karte. Das sollten aber nicht die Kommunen von sich aus im Vertrag vorsehen gestellt.“

Zudem halten sie es für eine „völlige Fehleinschätzung“, wenn in den Sitzungsunterlagen eine Beseitigung ausgeschlossen werde. „Dass es weltweit mehrere Beispiele gibt, bei denen vergleichbare Giftmüllmengen schadlos für die Umwelt der jeweiligen Deponiestandorte beseitigt wurden. Abgesehen davon gehören viele einzelne technische Verfahren heute zum

Standard der Beseitigung kontaminierter Materials, in welcher Kombination sie hier bei uns zum Einsatz kommen müssten, wäre zu untersuchen“, zitierte Meinhard Behrens aus der Stellungnahme, die im Ausschuss nicht vorgebracht werden durfte.

Besonders kritisieren die Vertreter aus Wiedensahl den Zeitplan: „Einen solchen Beschluss noch eben vor der Sommerpause (in Petershagen sogar während der Ferien) durchziehen zu wollen, halten wir für extrem bürgerfeindlich. Eine Diskussion in der Öffentlichkeit ist nicht erwünscht. Der Zeitdruck ist außerdem völlig unbegründet, denn der bestehende Vertrag läuft ja noch bis 2026, und der ‚Systemwechsel‘, wie Franke das nennt, könnte durchaus noch im Herbst diskutiert werden.“ hm